

Irak will US-Angriffe auf Nachbarn untersagen

Bagdad. – Der Irak will den USA untersagen, Angriffe auf Nachbarländer vom irakischen Boden aus zu starten. Das Verbot sei Bestandteil der Änderungswünsche zum umstrittenen Truppenabkommen mit den USA. Der Vertrag zwischen den USA und Irak soll die Rechtsgrundlage für den Verbleib der derzeit rund 150 000 amerikanischen Soldaten im Zweistromland liefern, wenn das bislang dazu dienende Mandat der Vereinten Nationen zum Jahrende ausläuft. (Reuters)

Algerischer Präsident strebt dritte Amtszeit an

Algier. – Der algerische Präsident Abdelaziz Bouteflika hat eine Verfassungsänderung angekündigt, die ihm eine dritte Amtszeit ermöglichen soll. Die bisherige Begrenzung der Zahl von Amtszeiten solle wegfallen, um «Stabilität, Effizienz und Kontinuität» zu gewährleisten, sagte Bou-



teflika. Der 72-jährige Staatschef regiert seit 1999. Das an Rohstoffen reiche Land sieht sich mit einem Aufstand islamischer Extremisten konfrontiert. (AP)

Kolumbianische Militärs unter Mordverdacht

Bogotá. – Die kolumbianische Regierung hat 22 zum Teil ranghohe Militärs wegen Mordverdachts entlassen. Ermittlungen hätten ergeben, dass die Männer möglicherweise in Morde verwickelt seien. Den Entlassenen wird vorgeworfen, junge Menschen aus den Armenvierteln der kolumbianischen Hauptstadt Bogotá entführt und getötet zu haben. Wenige Tage nach ihrem Verschwinden hatten die Soldaten die Leichen der Verschleppten als im Kampf getötete Rebellen der linksgerichteten Farc-Guerilla präsentiert. (SDA)

Erneut ein Wahlchaos in den USA befürchtet

Falsch registrierte Wähler, verwirrende Wahlzettel, fehlerhafte Maschinen: Falls das Ergebnis in einzelnen Bundesstaaten knapp wird, müssten wieder die Gerichte entscheiden.

Von Ralf Kaminski, New York

Dafür, dass die Vereinigten Staaten sich bei jeder Gelegenheit als demokratisches Vorbild für die Welt anpreisen, sind ihre Wahlen erstaunlich schlecht organisiert. Das beginnt beim Wochentag, an dem seit über 150 Jahren der Präsident gewählt wird: ein Dienstag. Weil die meisten Menschen arbeiten müssen, sind die Schlangen vor den Wahllokale früh morgens, mittags und abends besonders lang – an manchen Orten stehen die Wähler mehrere Stunden an, um ihre Stimme abgeben zu dürfen. Der Wahltag mitten in der Woche ist auch ein Grund, weshalb die Wahlbeteiligung in den USA normalerweise eher tief ist. 2006 gab ein Viertel aller Nichtwähler an, sie seien zu beschäftigt gewesen oder hätten es wegen der Schule oder dem Job nicht geschafft zu wählen.

Warum am Dienstag gewählt wird

Tatsächlich gibt es Bestrebungen, den Wahltag aufs Wochenende zu verlegen und sich damit von einer Tradition zu verabschieden, die zu Zeiten der Agrargesellschaft entstand, wo am Samstag auf den Feldern gearbeitet wurde, der Sonntag dem Herrn gehörte, und Montag und Mittwoch gebraucht wurden, um zum Wahllokal und wieder zurück zu reisen. Immerhin gibt es bereits heute in vielen Bundesstaaten die Option, schon früher oder schriftlich zu wählen.

Ein Bürger des Landes zu sein, reicht allerdings noch nicht, um auch wählen zu dürfen. Zuerst muss man sich vor jeder Wahl erneut als Wähler registrieren – ein Prozess, der dieses Jahr besonders in die Schlagzeilen geraten ist. Der Streit dreht

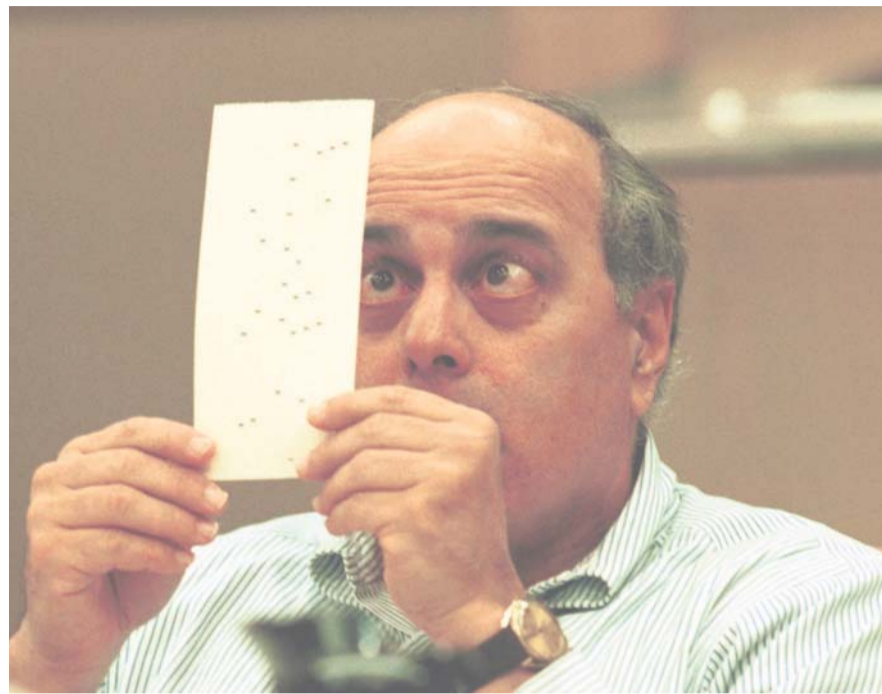


BILD ROBERT KING/GETTY IMAGES

Florida hat die Lehren aus 2000 gezogen und die Stanzmaschinen ersetzt.

sich dabei um die links gerichtete Gruppe Acorn, die sich darum bemüht, sozial benachteiligte Bürger als Neuwähler zu registrieren. Dabei soll sie den Behörden Listen mit gefälschten Wählerdaten eingereicht haben – die Republikaner sprechen bereits von Wahlbetrug. John McCain sagte bei der letzten Präsidentschaftsdebatte gar, dass wegen Acorn «die Grundlage der Demokratie in Gefahr» sei.

Generell sind insbesondere die Republikaner sehr aktiv dabei, die Wahlberechtigung bereits registrierter Personen in Frage zu stellen, speziell in jenen Bundesstaaten, wo die Demokraten gemäss Umfragen nur knapp in Führung liegen. Diese wiederum beklagen, dass Tausenden von Wählern in Florida möglicherweise die Stimmabgabe an der Urne verweigert werden könnte, weil es Diskrepanzen gebe zwischen den Wählerlisten und der staatlichen Führerschein-Datenbank.

Verkompliziert wird das Ganze dadurch, dass alle Bundesstaaten ihre eigenen Wahlgesetze und Traditionen haben. An vielen Orten besteht ein Risiko, dass die Gerichte angerufen werden, falls das Wahlergebnis knapp wird – insbesondere in Bundesstaaten, die traditionell republikanisch wählen, dieses Mal aber den Demokraten zuneigen wie Virginia oder Colorado. Allerdings dürfte dies nur geschehen, wenn das Wahlergebnis insgesamt knapp ausfällt und – wie im Jahr 2000 in Florida – der Entscheid über die Präsidentschaft an einem einzigen Bundesstaat hängt. Ein Szenario, das gemäss den Prognosen der letzten Wochen nicht sehr wahrscheinlich ist.

Anwälte in Stellung gebracht

Dennoch interpretieren Wahlbeobachter die Aktivitäten der Parteien so, dass bereits jetzt die Grundlagen gelegt werden, um nach der Wahl notfalls vor Gericht zu ziehen. Beide Lager haben dafür auch bereits Anwälte in Stellung gebracht. Allein die Obama-Kampagne hat für den Wahltag

Allein für Obama verfolgen 5000 freiwillige Anwälte die Stimmabgabe.

ANZEIGE

Profitieren Sie diese Woche!

30.10. bis 12.11.08

Rindfleisch handgeschneztelt

vom Stotzen aus der Schweiz

100g statt 3.90 **3.-**

Hirschpastete mit Marroni

aus der Schweiz

100g statt 5.60 **4.70**

Blue Marlin

aus den Philippinen

100g statt 6.50 **5.50**

Küssnachter extra

Kuhrohmlch, vollfett

Schweiz, Küssnacht am Rigi 100g statt 3.20 **2.70**

GOURMET
FACTORY

Jelmoli

Jelmoli AG, Gourmet Factory, Seidengasse 1, 8001 Zürich, Tel. 044 220 42 16

Deutschland entdeckt die Väter und erlebt einen Babyboom

Das Elterngeld ist ein Erfolg. Die Ministerin, Ursula von der Leyen, triumphiert. Aber auch Praktiker sind begeistert.

Von Sascha Buchbinder, Berlin

An guten Tagen ist das Trottoir regelrecht zugesperrt. Eine ganze Kinderwagen-Flotte steht dann vor dem Papa-Laden an der Marienburgerstrasse in Berlin-Prenzlauer Berg. Und im Innern des Ladenlokals trifft sich eine neue Gattung Mann. Typ: stolzer Vater mit Kind. Eberhard Schäfer, 46-jährig und Initiator des Papa-Ladens und Autor des «Papa-Handbuchs» kann es selbst noch nicht richtig erklären. Aber ja, die Vaterrolle sei in Bewegung geraten: «Früher waren Väter, die sich um Kinder kümmerten, anrühlich. Die hatten ein Weichei-Image.» Das ändere sich gerade.

Einer der Gründe dafür sei sicher das Elterngeld und die damit verbundene Diskussion in den Medien, meint Schäfer. Wo früher Väter nur als Exoten oder Problemfälle vorkamen, zeigten die Medien seit Monaten Bilder von glücklichen Vätern mit strahlenden Babys im Arm. Und so schauen inzwischen immer mehr Väter, die sich nicht nur ein paar Stunden die Woche um ihren Nachwuchs kümmern, im Papa-Laden vorbei.

Das Klischee vom Kind im Mann

Eigentlich ist der Laden kein Verkaufslokal, sondern eine Beratungsstelle. Aber da Männer noch immer ungern zugeben, wenn sie Hilfe brauchen, werden die Väter mit Freizeitangeboten angelockt. Zum Beispiel mit dem grossen Preis vom Prenzlauer Berg, ausgetragen auf einer 27 Meter langen Carrera-Autorennbahn. Derzeit findet das Qualifying statt, am Wochenende das Rennen. Das sieht es auf den ersten Blick so aus, als würden die alten Rollenklischees vom Kind im Mann bedient und Mädchen dabei zu kurz kommen. Doch dann geht die Tür auf. Die kleine Lisa kommt herein, strahlt mit grossen Au-

gen die Bahn an: «Die ist ja riiesig!», setzt sofort ein Auto auf die Spur und ist auch schon weg. Klar: Prenzlauer Berg ist nicht Deutschland. Die jungen Männer hier sind meist gut ausgebildet, beruflich arriiviert. Aber Schäfer meint, auch zu den Beratungen für werdende Väter an der Berliner Peripherie kämen inzwischen gestandene Arbeiter, weil sie sich für ihre neue Verantwortung interessieren. Und was sich im Mikrokosmos des Papa-Ladens spiegelt, wird von CDU-Familienministerin Ursula von der Leyen bestätigt. Ihr Ministerium hat die Wirkung des 2007 eingeführten Elterngeldes untersucht und festgestellt: Es tut sich etwas in Deutschland.

61 Prozent der Chefs sind zufrieden

Vor Einführung des Elterngeldes hatten bloss 35 Prozent der Väter für die Erziehung ihrer Kinder eine berufliche Auszeit genommen. Im ersten Quartal 2007 waren es dagegen 16 Prozent. Das Elterngeld ersetzt den Eltern 67 Prozent des letzten Nettoeinkommens während maximal 14 Monaten. Und wo die Betriebe vor der Einführung des Elterngeldes den politischen Wechsel überwiegend skeptisch beurteilten, meinen heute 61 Prozent der Chefs, dass die Elternzeit eine gute Sache sei. «Weil sie», so die Ministerin, «unter dem Druck des Faktischen erkannten, dass sie letztlich engagiertere, loyalere Mitarbeiter haben, wenn die jungen Väter Beruf und Familie vereinbaren können.»

12 000 Kinder wurden 2007 zusätzlich geboren, und 2008 hat sich der Babyboom noch verstärkt. Dass das nur am Elterngeld liegt, glaubt niemand. Aber laut Familienministerium gaben zwei Drittel der befragten Eltern an, dass das Elterngeld ihre Entscheidung für Nachwuchs beeinflusst habe. Dazu passt eine Studie des Münchner Jugendinstituts, wonach 90 Prozent der Männer Kinder möchten, aber 57 Prozent zuerst beruflich eine gesicherte Position erreichen wollen. Das Bild vom Mann als Ernährer ist eben doch noch in den Köpfen. Auch wenn immer mehr dieser sündhaft teuren Kinderwagen Bugaboo Cameleon von Männern durch den Prenzlauer Berg geschoben werden.

Berlusconi setzt Reform durch

Rom. – Die Proteste gegen die von Italiens Regierung geplante Bildungsreform weiten sich aus. Ungeachtet dieser Entwicklung setzte Berlusconi Mitte-rechts-Allianz am Mittwoch im Senat die umstrittene Reform durch. Da sie bereits am 9. Oktober von der Abgeordnetenkammer abgelehnt worden war, kann die Reform jetzt in Kraft treten. Seit Tagen demonstrierten Schüler und Studenten in ganz Italien gegen die umstrittene Reform. Rund 1500 Schüler und Studenten versammelten sich am Mittwoch während der Abstimmung vor dem Senat in Rom. Sie verlangten den Rücktritt von Unterrichtsministerin Mariastella Gelmini.

Später kam es zu Ausschreitungen mit vier Verletzten. Polizeiangaben zufolge wurden drei Studenten und ein Polizist bei den Zusammenstössen zwischen Studenten und angreifenden Rechtsradikalen auf der historischen Piazza Navona verletzt. Einige Personen wurden festgenommen.

Einsparungen von sieben Prozent

Die umstrittene Reform sieht die Streichung von 87 000 Lehrerstellen und 44 500 Jobs im administrativen Schulbereich in den nächsten drei Jahren vor, was dem Staat Einsparungen im Wert von sieben Prozent der jährlichen Ausgaben für die Schulen bescheren wird. Berlusconi will auch das Budget der Universitäten kürzen. Zudem können Schülern künftig wegen schlechten Benehmens Konsequenzen drohen. Volksschüler sollen fünf Jahre vom gleichen Lehrer unterrichtet werden und Schuluniformen tragen müssen. Unterrichtsministerin Gelmini verteidigte ihre Schulreform. Italien sei punkto wissenschaftlicher und schulischer Ausbildung eines der Schlusslichter in der EU. Reformen seien deshalb dringend notwendig, um frischen Wind in das veraltete italienische Schul- und Universitätssystem zu bringen. Die Regierung Berlusconi ist mit ihrer Schulreform zum ersten Mal seit ihrem Amtsantritt im Mai auf heftigen Widerstand gestossen. Morgen Donnerstag ist ein Generalstreik im italienischen Schulwesen gegen die Bildungsreform geplant. (SDA)